



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 5
Dienstag, 22. März 2016
18:01 - 20:09 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 12.04.2016

| | | |
|---------------------------------|--|-------------------------------------|
| Vorsitz: | Martin Egger | FDP |
| Protokoll: | Gabriele Behring Veronika Michel | Ratssekretärin Protokollführerin |
| Stimmzähler: | Beat Brunner Martin Jung | EDU AL |
| Anwesend: | Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder | |
| Entschuldigt: Ganze Sitzung: | Till Hardmeier Dr. Cornelia Stamm Hurter Urs Tanner | JFSH SVP SP |
| Schluss der Sitzung: | Katrin Huber Ott | SP |

TRAKTANDEN

| | | | |
|---|---|--------------|-----------|
| 1 | Vorlage des Stadtrats vom 16. Februar 2016: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate | Seite | 6 |
| 2 | Verfahrenspostulat Urs Tanner vom 26. Mai 2015: Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung! | Seite | 11 |
| 3 | Verfahrenspostulat Stefan Marti vom 18. August 2015: Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament | Seite | 11 |
| 4 | Interpellation Dr. Katrin Bernath vom 30. Juni 2015: Sanierung der KSS Sport- und Freizeitanlagen mit Weitsicht! | Seite | 21 |

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

| | | |
|------------|--|-------------|
| 15.09.2015 | VdSR Rheinuferneugestaltung | SPK |
| 15.09.2015 | Postulat Urs Tanner (SP): Attraktivierung Breite | |
| 27.10.2015 | Motion Hermann Schlatter (SVP): Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH-Power fit für die Strommarktliberalisierung? | |
| 01.12.2015 | VdSR Verordnung über das Öffentlichkeitsprinzip der Stadt Schaffhausen | SPK |
| 19.01.2016 | VdSR Sanierungsstrategie Stadthausgeviert | SPK |
| 02.02.2016 | VdSR Prüfung eines Familienzentrums | FK Soziales |
| 09.02.2016 | VdSR Erweiterung Baurechtsfläche Schönbühl | FK Bau |
| 28.02.2016 | Postulat Urs Tanner (SP): Fusionsverhandlungen mit den Gemeinden Neuhausen, Stetten und Dörflingen | |
| 14.03.2016 | Postulat Till Hardmeier (JFSH): Faire Zentrumslasten – prüfen und anpassen | |

KLEINE ANFRAGEN 2016

- Kleine Anfrage von Dr. Katrin Bernath (GLP) vom 3. März 2016: Gegen mehr Lärm auf dem Rhein
- Kleine Anfrage von Stefan Marti (SP) vom 27. Februar 2016: Kündigung der Verträge mit dem Kunstverein
- Kleine Anfrage von René Schmidt (GLP) vom 23. Februar 2016: Wann wird die Verkehrsbeschränkung über den Kistenpass wirksam?
- Kleine Anfrage von Marco Planas (SP) vom 27. Januar 2016: Wann bekommt Schaffhausen neue Kunstrasenplätze
- Kleine Anfrage René Schmidt (GLP) vom 15. Januar 2016: Wie können dem Vandalismus an der Baumgartenstrasse Grenzen gesetzt werden?
- Kleine Anfrage von Hermann Schlatter (SVP) vom 14. Januar 2016: Verdeckte Kulturförderung durch Liegenschaftsfinanzierung bei der IG Kammgarn?

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 16. Februar 2016:
Bericht über die hängigen Motionen und Postulate**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 16. Februar 2016 sowie den Antrag der GPK vom 2. März 2016 mit den angepassten Anträgen in der Schlussabstimmung mit 32:0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht- des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 16. Februar 2016 und vom GPK-Antrag vom 2. März 2016.
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017).
 - Peter Neukomm betreffend Tagesschulen jetzt! (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Dr. Raphael Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
 - Walter Hotz betreffend Öffentlichkeitsprinzip in der Schaffhauser Verwaltung (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
3. Weiterzubehandeln sind die Postulate:
 - Dr. Raphael Rohner betreffend Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Res Hauser betreffend Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
 - Andi Kunz betreffend flächendeckende Prüfung von Aufzonungen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Martin Egger betreffend Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
 - Rene Schmidt betreffend Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Peter Möller betreffend Stadthaus-Geviert sanieren (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
4. Abzuschreiben sind die Postulate:
 - Daniel Preisig betreffend Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt mit gleichzeitige Erhaltung der Ausgangsqualität.
 - Thomas Hauser betreffend Reglement über die Benützung der Bootslicheplätze (RSS 430.1)
 - Till Hardmeier betreffend Mehr Rhein für Schaffhausen

**Traktandum 2 Verfahrenspostulat Urs Tanner vom 26. Mai 2015:
Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!**

Das Postulat wird stellvertretend für den krankheitshalber abwesenden Urs Tanner (SP) von Stefan Marti (SP) begründet, vom Büro beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Verfahrenspostulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 17:10 Stimmen überwiesen.

**Traktandum 3 Verfahrenspostulat Stefan Marti vom 18. August 2015:
Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf
Jahre verkleinertes Parlament**

Das Postulat wird von Stefan Marti (SP) begründet, vom Büro beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Verfahrenspostulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 21:9 Stimmen überwiesen.

**Traktandum 4 Interpellation Dr. Katrin Bernath vom 30. Juni 2015:
Sanierung der KSS Sport- und Freizeitanlagen mit Weitsicht**

Die Interpellation wird von Dr. Katrin Bernath (GLP) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Martin Egger (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 5 vom 22. März 2016 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte(r)innen und -erstatte(r).

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Postulat Till Hardmeier vom 14. März 2016: Faire Zentrumslasten – prüfen und anpassen
- Antwort des SR vom 8. März 2016 auf die Kleine Anfrage Walter Hotz "Weitere Fragen zu Vorkommnissen im Alterszentrum Kirchhofplatz"
- Neue Sitzordnung und aktualisiertes Mitgliederverzeichnis des Grossen Stadtrats

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

Die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit meldet die VdSR vom 9. Februar 2016: Erweiterung Baurechtsfläche Schönbühl verhandlungsbereit. Das Geschäft wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgenommen.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Das Ratspräsidium hat die Erlaubnis für Ton- und Bildaufnahmen an Selwyn Hoffmann, Schaffhauser Nachrichten, erteilt.

Dem Ratspräsidium wurde vor der Sitzung eine Kommissionserklärung aus der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Art. 35 a GO zur den Vorkommnissen im Alterszentrum Kirchhofplatz gemeldet.

GPK-Kommissionserklärung des GPK-Präsidenten Urs Fürer (SP):

"Ich verlese Ihnen hiermit die Kommissionserklärung zu den Vorkommnissen im Altersheim Kirchhofplatz der GPK. Ich möchte vorausschicken, dass sowohl der Entscheid wie auch die Kommissionserklärung bereits vor der Beantwortung der zweiten Anfrage von Walter Hotz gemacht wurden.

In ihrer Antwort zum Verfahrenspostulat von Grossstadtrat Walter Hotz vom 27. Oktober 2015 haben der Stadtpräsident Peter Neukomm und der Sozialreferent Simon Stocker zu diesem Thema Stellung genommen und zusammenfassend über den Schlussbericht von Meinrad Gnädinger informiert.

Die GPK wurde in ihrer Sitzung vom 10. Dezember 2015 ausführlich durch Stadtrat Simon Stocker, Monica Studer, Leiterin Betreuung ambulante und stationäre Betreuung, und lic. iur. Meinrad Gnädinger, Verfasser des Schlussberichts vom 16. September 2015, informiert. Dieser Schlussbericht wurde diskutiert. Die GPK hat an dieser Sitzung einstimmig beschlossen, im Grossen Stadtrat eine Kommissionserklärung zu verlesen.

In der Diskussion ging es primär darum, der GPK die von Meinrad Gnädinger vorgeschlagenen Massnahmen sowie den aktuellen Stand der Umsetzung vorzustellen und allfällige Ergänzungen von Meinrad Gnädinger und Monika Studer zu hören. Die GPK konnte sich überzeugen, dass Lehren aus den Vorkommnissen gezogen worden sind und die Stadt Massnahmen getroffen hat, um künftig unklare Situationen im Zusammenhang mit Schenkungen zu Lebzeiten und Übergaben zur

Aufbewahrung/Sicherung von Geldwerten und Wertgegenständen zu regeln.

Die getroffenen Massnahmen sind selbstverständlich für alle Alterszentren der Stadt verbindlich. Ebenfalls existieren klare Weisungen zur Aufbewahrung von Geldbeträgen oder anderen Wertgegenständen in Alterszentren bei Todesfällen, bis der Nachlass vom Erbschaftsamt geregelt ist. Die Regelung betreffend Aufbewahrung von grösseren Geldbeträgen läuft über die städtische Rechtsberatung.

Die GPK kommt abschliessend zu folgenden Schlüssen: Die Vorschläge im Bericht sind den Vorkommnissen angemessen. Die Umsetzung der Vorschläge ist zufriedenstellend. Es sind aus der Sicht der GPK keine weiteren Massnahmen nötig. “

PROTOKOLL

Die Ratsprotokolle der Doppelsitzung Nr. 2 und 3 vom 28. Februar 2016 und Nr. 4 vom 8. März 2016 liegen dem Büro vor, sind jedoch noch nicht genehmigt. Sie werden an einer der nächsten Ratssitzungen zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 16. Februar 2016: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate

Urs Furer (SP)

Stellungnahme aus der GPK

”In Ihrer Sitzung vom 25. Februar 2016 ist die GPK auf die Vorlage des Stadtrats vom 16. Februar 2016 eingetreten und hat diese beraten. Mit zwei Änderungen, welche die Streichung der Anträge 3 und 5 betreffen, hat die GPK die Vorlage einstimmig verabschiedet und dem Grossen Stadtrat vorgeschlagen, das Geschäft im vereinfachten Verfahren als erledigt abzuschreiben.

In der letzten Ratssitzung ist von der Mitte-Fraktion der Antrag gekommen, dass das Geschäft im GrSR diskutiert werden soll. Da ich die Gründe für diesen Antrag nicht kenne, möchte ich vorgängig ganz kurz auf die von der GPK beantragten Änderungen der Anträge eingehen.

Zur Streichung von Antrag 3: Die GPK beantragt die Motion Christa Flückiger betreffend Ausbau von Hortplätzen - jetzt!! abzuschreiben.

Begründung: Dieser Vorstoss wurde an der Sitzung des Grossen Stadtrats vom 23. Februar 2016 anlässlich der Behandlung des Berichts und Antrags der Fachkommission Bau zur “Erweiterung der Schulanlage Breite” vom 9. Dezember 2015 als erledigt abgeschrieben und kann somit von der Liste der hängigen Motionen gestrichen werden.

Zur Streichung von Antrag 5: Die GPK beantragt das Postulat: Thomas Hauser betreffend Vergrösserung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal abzuschreiben.

Begründung: Dieses Postulat wurde an der Sitzung des Grossen Stadtrats vom 8. März 2016 anlässlich der Behandlung der Vorlage des Stadtrats vom 8. Dezember

2015 im vereinfachten Verfahren als erledigt abgeschrieben und kann somit von der Liste der hängigen Postulate gestrichen werden.

Im Sinne der vorberatenden Kommission bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Stadtrates mit den Änderungen der GPK zuzustimmen. Nun bin ich auf die kommende Diskussion gespannt. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen erfolgen und geht davon aus, dass diejenige Fraktion, die Diskussion zu diesem Traktandum gewünscht hat, sich in der Detailberatung zu den entsprechenden Vorstössen melden wird.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Stefan Marti (SP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 16. Februar 2016, Seite 1-19, die Beilagen: Übersicht über die hängigen Motionen und Übersicht über die hängigen Postulate, die Anträge auf Seite 19 und 20 sowie die Anpassungen gemäss GPK-Antrag vom 2. März 2016 wie folgt:

Iren Eichenberger (ÖBS), zu Seite 10:

Postulat Thomas Hauser: Reglement über die Benützung der Bootsliegendeplätze (RSS 430.1):

”Es wäre doch schade, wenn wir über die grosse Arbeit des Stadtrats im Zusammenhang mit dieser Vorlage einfach hinweggehen würden. Darum finde ich es richtig, wenn wir die Vorlage so behandeln, wie es üblich ist. Ich hoffe, es melden sich heute Abend noch mehr Sprecherinnen und Sprecher.

Zu Seite 10, Postulat Thomas Hauser, möchten wir von unserer Fraktion noch eine kurze Rückmeldung geben: Der Stadtrat hat am 16. Februar 2016 ein neues Reglement zur Vergabe von Bootsliegendeplätzen bekanntgegeben, worin er die bisher geltende 50:50-Regel aufhebt. Auftrag des Postulats von Thomas Hauser jedoch war es, die Öffnung für elektro- und solarbetriebene Boote zu überprüfen. Faktisch aber gilt nun freie Wahl ohne Einschränkung, auch für Benzinmotoren. Eine Woche später, nämlich am 23. Februar 2016, lag die längst fällige Antwort zu meiner Kleinen Anfrage vom 19. Oktober 2015 auf unseren Pulten.

Es ging um fünf ökologische Fragen. Der Stadtrat hat sie politisch beantwortet. Aufmerksamen Leserinnen und Lesern dürfte nämlich nicht entgangen sein, dass die abschliessende Antwort Nein, Nein, Nein und nochmals Nein irgendwie nicht mit den vorangehenden Ausführungen zu den einzelnen Fragen zusammenpasst.

So antwortet der Stadtrat zum Beispiel selber, dass die ökologisch wertvollen Schilfgürtel vor Wellenschlag zu schützen seien. Was er nicht schreibt, aber sehr wohl wissen sollte, ist, dass Motoren darum einen Abstand von 300 Meter zum Schilf haben müssten. Dies ist aber im Rhein schlicht nicht möglich; ergo ignoriert man den Schutzbedarf.

Weiter beschreibt der Stadtrat in seiner Antwort lehrbuchmässig die Entwicklung der Mückenlarven, bis die frisch geschlüpften Insekten zum Flügeltrocknen auf der Wasseroberfläche sitzen, wo sie speziell für die geschützte Fledermaus eine wichtige Nahrungsquelle bilden. Dieser Prozess wird vom Wellenschlag gestört. Der Stadtrat sieht aber keine Gefahr, weil die braven Motorbootfahrer sowieso vor

Sonnenuntergang zum Nachessen nach Hause fahren. Also auch dies kein Hindernis für Motoren. Für die Gefahr von Treibstoffverschmutzung ist die Wasserpolizei zuständig, die regelmässig auf dem Rhein patrouilliert. Auch da gibt es nichts zu befürchten.

Es mag zutreffen, wenn der Stadtrat zur Beeinträchtigung durch Lärm sagt, es gäbe dazu keine Untersuchungen. Trotzdem ist gerade der Lärm für viele Menschen, die in dieser einmaligen Flusslandschaft Erholung suchen, die grösste Störung.

Sie hören es, ich bin oder vielmehr ist unsere Fraktion von den Antworten des Stadtrates nicht sehr überzeugt. Es scheint uns eher, der Stadtrat suche die für ein neues Vergabereglement wichtigen Fragen zu umgehen oder sich schlichtweg über Hindernisse hinwegzusetzen. Im Sport würde dies vermutlich zu wüsten Muskelzerrungen führen. Der Stadtrat dagegen glaubt offenbar, eine gewisse Narrenfreiheit zu geniessen. Aber Sie haben es sicherlich schon gehört, das Volk glaubt diese Ausflüchte auch nicht und bereitet eine Initiative vor. Aus unserer Fraktion hat Katrin Bernath eine weitere Anfrage zum Thema gestellt; diesmal zum Lärmproblem.

Wir hoffen sehr und legen es Ihnen ans Herz, diesmal differenziert und konsequent zu antworten."

Diego Faccani (FDP):

"Liebe Iren, ich finde es richtig und korrekt, dass Du hier eingeschritten bist. Aber ich finde es bemühend, dass die Kleine Antwort von Dir bei einem anderen Geschäft auf das Tapet kommt. Die Spezialität der 50:50-Regelung findet sich nur auf der Schaffhauser Gemarchung des Rheins, und dies wurde nun korrekterweise vom Stadtrat gestützt auf dem kantonalen Richtplan geändert.

Ich möchte einfach eines anmerken. Die heutigen Motoren sind leiser als damals bei der Einführung der Ausgleichsregel; sie sind auch umweltschonender. Bei Thomas Hauser geht es ja auch um Elektro- und nicht um Benzin-Motoren, die eingeführt werden sollen. Problematisch sind eigentlich auf dem Rhein die so genannten Wanderboote, die in der Regel mit dem Trailer zum Ufer gefahren und mit kleinen „Schnapsmotoren“ betrieben werden, die hochtourig und mit massiver Lautstärke den Rhein hinauffahren müssen, damit sie überhaupt gegen den Strom ankämpfen können. Aber hier hat der Stadtrat nun mal keine Handhabung.

Dass ein Wellenschlag entsteht, ist auch mir klar. Dann müssten aber die Schiffe der Untersee und Rhein Schifffahrt (URh) auch den Rhein hinaufgezogen werden, damit die Tiere in Ruhe gelassen werden. Und dies sehe ich nicht ganz ein. Ich finde es sehr schön, wenn kräftige Stachler mit guter Technik ihren Weidling den Rhein hinaufstossen. Was aber tun, wenn sie körperlich nicht mehr können, weil sie älter geworden sind und keine Kinder haben, die sie in den Schaaren stacheln? Ich denke, dann ist ein Motor sehr wohl angebracht.

Noch ein ökologisches Leckerli zum Schluss: Der Öleintrag im Rhein und anderen befahrbaren Gewässern ist aber von den Badenden ein Vielfaches höher als von den Motoren. Ich denke, wir nehmen den Bericht so zur Kenntnis, wie er vom Stadtrat und mit den Änderungen der GPK vorgelegt wurde, und stimmen keinen weiteren Änderungen zu."

Iren Eichenberger (ÖBS):

”Erstens habe ich keinen Antrag gestellt; das Geschäft wurde so vom Stadtrat vorgeschlagen. Wir stimmen der Abschreibung zu. Aber unserer Fraktion gibt diese Antwort einfach zu denken. Und ich bin der Meinung, man darf diesen Zusammenhang schon sehen. Die Kleine Anfrage habe ich natürlich im Hinblick auf die Änderung des Vergabereglements gestellt. Im Übrigen gebe ich natürlich Diego Faccani in diversen Punkten Recht. Die Motoren sind leiser geworden und wurden auch in anderen Belangen ökologisch optimiert.

Betreffend Wellenschlag: Auch hier gehe ich mit Diego Faccani einig. Natürlich sind die Schiffe der Untersee und Rhein Schifffahrt URh die Hauptverursacher des Wellenschlages; dies wurde bereits in einer Studie aus den 80er-Jahren festgestellt. Aber deshalb hat man ja auch das Tempo limitiert, und daraus ergab sich ein gewisser positiver Effekt. Summa summarum, ich will nicht alles negieren, was Diego Faccani gesagt hat. Aber ich glaube, gewisse Fragezeichen sind berechtigt.”

Georg Merz (ÖBS) zu Seite 14:**Postulat Till Hardmeier: Mehr Rhein für Schaffhausen**

”Ich spreche zum Postulat von Till Hardmeier: Mehr Rhein für Schaffhausen. Gemäss diesem Postulat wird mit der neuen Bootsbenützungs-Verordnung eingeführt, dass Vereine bevorzugt einen Weidlingsplatz bekommen könnten. Ich frage den Stadtrat an: Was geschieht, wenn sich 10 Vereine diesen Frühling melden und einen Pfosten wollen, da Vereine sich gemäss Art. 11 Abs. 2 nicht in eine Warteliste eintragen können? Kommt dann kein anderer Weidlingsbesitzer mehr zu einem Pfosten?

Das Zweite, was ich in diesem Postulat auch bemängle, steht auf Seite 13 und wurde zuvor von Iren Eichenberger bemängelt. Auf Seite 13 ist nachzulesen: “Zu guter Letzt soll das Postulat Hauser umgesetzt und die 50:50-Regelung von motorbetriebenen und motorlosen Booten aufgehoben werden.” Das steht überhaupt nirgends im Postulat Hauser. Wir haben den Postulatstext zuvor gehört. Diese 50:50-Regelung haben wir nicht in einem Postulat angenommen. Besten Dank für die Antwort.”

SR Simon Stocker:

”Grossstadtrat Georg Merz hat das Thema des Reglements und der Vergabe an Vereine angesprochen. Der Stand ist wie folgt: Das Reglement gilt ab dem 1. April 2016 und ist somit noch nicht einmal in Kraft. Die Grundidee ist, dass eine gewisse Anzahl Pfosten frei wird, weil Besitzer, die ausserhalb des Kantons wohnen, diese abgeben müssen. Wir werden nun prüfen, wie sich die Anfragen seitens der Vereine entwickeln. Im besten Fall werden gleich viele Anfragen an die Stadt gestellt wie Pfosten frei werden. Aber dies können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Meines Wissens ist der heutige Stand, dass drei Vereine eine Anfrage deponiert haben.

Gleichzeitig sind wir am Abklären, wie viele Pfosten effektiv frei werden. Man kann nicht per se sagen, wie das Verfahren laufen wird. Dieses ist abhängig von den Anfragen der Vereine. Sollten nun gleichzeitig Anfragen von verschiedenen Vereinen eingereicht werden - und diese Vereine müssen den Zweck haben, Weidlingspfosten zu nutzen – werden wir diese allenfalls zurückweisen und ihnen vorschlagen, sie sollen zusammenarbeiten. Es kann nicht sein, dass zehn verschiedene Vereine mit den gleichen Statuten auf die Stadt zukommen. Im Bereich der Vereinsvergabe wird es noch einen gewissen Koordinationsbedarf benötigen. Wir müssen die Anfragen erst einmal abwarten und prüfen, um einschätzen zu können, wie viele Anfragen es

überhaupt gibt. Sollte sich die Anzahl unerwartet erhöhen, was aber nicht unsere Vermutung ist, müssen wir uns neue Schritte überlegen. Unserer Einschätzung nach wird eine kleine Anzahl Vereine eine Anfrage einreichen. Mit den rund 20 Pfofen, die frei werden, stehen viel mehr Pfofen zur Verfügung als Anfragen an die Stadt gestellt werden."

ANTRÄGE:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 16. Februar 2016 und vom Antrag der GPK vom 2. März 2016. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017).
 - Peter Neukomm betreffend Tagesschulen jetzt! (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Dr. Raphael Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
 - Walter Hotz betreffend Öffentlichkeitsprinzip in der Schaffhauser Verwaltung (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Weiterzubehandeln sind die Postulate:
 - Dr. Raphael Rohner betreffend Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Res Hauser betreffend Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
 - Andi Kunz betreffend Flächendeckende Prüfung von Aufzonungen (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Martin Egger betreffend Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016)
 - Rene Schmidt betreffend Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)
 - Peter Möller betreffend Stadthaus-Geviert sanieren (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2017)*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Abzuschreiben sind die Postulate:
 - Daniel Preisig betreffend Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt mit gleichzeitige Erhaltung der Ausgangsqualität.
 - Thomas Hauser betreffend Reglement über die Benützung der Bootsliegeplätze (RSS 430.1)
 - Till Hardmeier betreffend Mehr Rhein für Schaffhausen*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 16. Februar 2016 sowie den Antrag der GPK vom 2. März 2016 mit den angepassten Anträgen mit 32:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Ratspräsident** informiert zu Traktandum 2 und 3 wie folgt:

„Das Büro schlägt Ihnen vor, dass die Postulanten Urs Tanner und Stefan Marti nacheinander die mündlichen Begründungen ihrer Postulate betreffend Anpassungen der GO vortragen. Anschliessend hören wir die Stellungnahme des Büros, der Fraktionen und des Grossen Stadtrats. Sobald sich die Wortmeldungen erschöpft haben, stimmen wir einzeln über die Postulate ab. Ich sehe keinen Gegenantrag; das vorgeschlagene Vorgehen ist so beschlossen.“

Urs Tanner (SP) hat sich krankheitshalber für die heutige Ratssitzung entschuldigt. Stefan Marti (SP) wird die Begründung seines Postulats verlesen.

**Traktandum 2 Verfahrenspostulat Urs Tanner vom 26. Mai 2015:
Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!**

**Traktandum 3 Verfahrenspostulat Stefan Marti vom 18. August 2015:
Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf
Jahre verkleinertes Parlament**

Stefan Marti (SP)**Begründung**

„Zuerst darf ich in die tannigen Hosen steigen und verlesen, was mir Urs Tanner zu seinem Postulat „Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!“ zugestellt hat.

Ich glaube nicht, dass wir überbezahlt sind. Eine kleine Rechnung: Eine Sitzung im Grossen Stadtrat wird zu Hause und in der Fraktion vorbesprochen: Das heisst für 5 Stunden erhalten wir CHF 130.--, dies sind pro Stunde CHF 26.--. Man kann diesen Vorstoss dumm, blöd oder überflüssig finden. Ich habe damit kein Problem. Aber denken Sie an unsere Vorbildfunktion, lassen Sie sich bezahlen, wenn Sie auch 100% anwesend sind (wenigstens physisch).

Im Sinn von Treu und Glauben, Anstand und Würde und gesundem Menschenverstand bitte ich Sie um Unterstützung dieses Vorstosses. Ich habe Stimmen gehört, dies sei schwierig umzusetzen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie. Dies sollte - als Ergänzung zum Protokoll - jetzt echt kein Problem sein. Und sonst drucken Sie vor: A verlässt den Rat früher, um 20 Uhr: Urs Tanner, SP.

Es ist wichtig, dass wir diese Frage im Zusammenhang mit der Revision der Geschäftsordnung einbeziehen und diskutieren.

In der folgenden Begründung meines Postulates „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“ werde ich auf zwei Hauptpunkte zu sprechen kommen: Zum einen auf die ursprünglichen Ziele des Postulates und zum anderen auf das, was seit dessen Eingabe im vergangenen August an Gründen, die für eine Revision der GO sprechen, noch dazu gekommen ist.

Anlass dieses Postulates war bekanntlich die Interpellation „Auswertung verkleinertes Parlament“, bei deren Beantwortung sich gezeigt hat, dass in den Bereichen Altersstruktur/Berufsgruppen, Fachkommissionen und Vorstösse Verbesserungen wünschenswert wären. Damit sollen die bereits in der Ratsdebatte vom 20. März 2007

zur Revision der GO angestrebten Ziele, erneut aufgegriffen werden, nämlich Zitat:

- Verbesserung der Miliztauglichkeit des Parlaments
- Qualitätssicherung und -steigerung der Parlamentsarbeit
- Attraktivierung und Aufwertung respektive Modernisierung des Parlaments

In der Vorlage der Spezialkommission Parlamentsreform vom 10. September 2008 zur GO ist auf Seite 5 folgendes zu lesen:

Die Arbeitsbedingungen der einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollen verbessert werden. Damit soll erreicht werden, dass sich vermehrt jüngere Menschen wieder aktiv in der Politik engagieren. Politisches Engagement bedeutet immer eine Mehrbelastung, die gerade bei jungen Menschen häufig durch das berufliche Umfeld und die Familie mitgetragen werden muss. Die Anpassung von Sitzungszeiten, die Gewährleistung einer effizienten Geschäftsbehandlung im Grossen Rat und die Unterstützung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier durch ein von der Verwaltung und vom Stadtrat unabhängiges Ratssekretariat können dazu beitragen, die notwendigen Freiräume und Handlungsfelder zu schaffen, die es Interessierten aus allen sozialen und beruflichen Schichten ermöglichen, die Stadtpolitik aktiv mitzubestimmen.

Anpassung der Sitzungszeiten, effiziente Geschäftsbehandlung und Unterstützung durch ein unabhängiges Ratssekretariat: Einiges wurde erreicht, und doch der erwünschte Effekt ist nicht eingetreten. Es gelang nicht, vermehrt jüngere Menschen ins Parlament zu locken. Die Auswertung der Interpellation „Fünf Jahre verkleinertes Parlament“ hat gezeigt, dass die gesetzten Ziele Punkto Miliztauglichkeit nicht erreicht wurden. Die Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen ist im Rat immer noch stark untervertreten. Vielleicht kann man dieses Problem nicht lösen. Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Hier mein Ansatz: Wir sollten versuchen ein Anreizsystem zu schaffen, um Leute für die Politik zu gewinnen. In der Wirtschaft nennt man das Incentives. Niemand sitzt im Rat des Geldes wegen. Es ist aber ein grosses Privileg, wenn man es sich leisten kann für CHF 25.-- die Stunde vier Arbeitswochen pro Jahr für die Stadt tätig zu sein.

Stellen Sie sich aber einen jungen Handwerker vor, der zwar politisch interessiert wäre, sich aber selbständig gemacht hat oder stellen Sie sich einen angestellten Elternteil vor, der bereit wäre, sein Arbeitspensum um 10% zu Gunsten der Stadt zu kürzen. Solche Leute sind doch einfach auf einen Erwerb ersatz angewiesen. Wir sehen es immer wieder, dass und wie 100% Arbeitende im Parlament an ihre Grenzen stossen. Das jüngste Beispiel ist Andi Kunz. Natürlich gibt es auch Leute, die 100%-Stellen haben, sogar Kaderpositionen, von denen es doch immer heisst, es seien 150%-Stellen, und trotzdem im Parlament sehr aktiv sein können. Es ist aber nur dann möglich, wenn man keine Kinder und kein andere Hobbies hat.

Meines Erachtens wären folgende Anreize zu bedenken, die nicht viel kosten, aber möglicherweise viel bringen:

1. Ein doppeltes Sitzungsgeld erhält, wer selbständig ist und/oder sein Berufspensum zu Gunsten der Politik nachweislich reduziert und im Alter von 30 bis maximal 50 ist. Dies sind Ideen, die wir diskutieren können. Vielleicht haben Sie bessere Ideen.
2. Kinderzulage: Es wird pro Kind ein weiteres Sitzungsgeld als Familienzulage ausbezahlt. Es sollte auch Eltern aus einfachen Verhältnissen möglich sein, im

Rat politisch aktiv zu werden. Die Kosten für diese Lösung würden im Bereich von ein paar Tausend Franken liegen. Die positiven Effekte einer breiteren Verwurzelung des Parlaments sind dagegen einiges mehr wert. Flankierend zu einer solchen Lösung müsste auf die Wahlen 2020 eine bescheidene Imagekampagne geplant werden, um diese Neuerungen bekannt zu machen und auch, um das vielfach angeschlagene Bild der Politik in der Öffentlichkeit zurechtzurücken.

So viel zu meiner zentralen Intention. Des Weiteren müssten auch die folgenden Punkte diskutiert werden:

1. Die Grösse des Parlaments wird zur breiteren Abstützung an die Einwohnerzahl Schaffhausens gekoppelt: Bei der Verkleinerung waren es noch 34'500 Einwohner, heute haben wir 36'000. Warum sollen wir uns bei 37'000 Einwohnern nicht vornehmen, eine Parlamentarierin/einen Parlamentarier mehr aufzunehmen, das heisst, dass wir pro tausend Einwohner ein Parlamentsmitglied haben? Dies ist auch eine Idee, die wir diskutieren könnten.
2. Um die Parlamentsarbeit zu öffnen und den Einwohnern Schaffhausens auch ein punktuelles politisches Engagement zu ermöglichen, wäre zu diskutieren, ob durch den Einbezug von Gastmitgliedern, die durch die Fraktionen berufen werden, parlamentarische Entscheidungen breiter abgestützt werden könnten. Diese Gastmitglieder könnten auf Antrag einer Fraktion zu einzelnen Vorlagen eingeladen werden. Sie erhalten ein Sitzungsgeld, haben aber kein Stimmrecht, da sie ja nicht vom Volk gewählt sind.
3. Es wurde auch darüber gesprochen, dass es beim Thema Kommissionen Handlungsbedarf gibt. Es besteht zum Beispiel der Vorschlag, das Thema Sicherheit von der Kommission Bau in die Kommission Soziales zu verschieben, um die Arbeit besser zu verteilen. Im Zusammenhang mit der Kommissionsarbeit sollte diskutiert werden, ob sich die ständigen Kommissionen überhaupt bewährt haben. Wir haben diese vor fünf Jahren eingesetzt. Es stellt sich nun die Frage, ob sie sich wirklich bewährt haben. Dies müsste diskutiert werden. Es wurde zum Beispiel bemängelt, dass die Arbeit in den ständigen Kommissionen zu festgefahrenen Konstellationen führe, dass also bereits im Voraus jeweils bekannt sei, wer was sagt.
4. Ein weiterer Diskussionspunkt wären die grossen Spezialkommissionen: Diese brauchen gemäss Auswertung wesentlich länger für die Bearbeitung von Vorlagen als die ständigen Kommissionen. Dies liegt sicher auch am grösseren Schwierigkeitsgrad, passende Termine zu finden. Eine mögliche Lösung bestünde darin, die Kommissionen nicht mehr an Themen, sondern an Terminen zu orientieren. Es ist doch so, dass man meistens an einem bestimmten Wochentag Zeit hat. Man könnte eine Montags-, Mittwochs- und Donnerstagskommission machen oder allenfalls zwei Montagskommissionen. Die Termine könnten schon anfangs Jahr fixiert werden. Die Vorlagen könnten der Reihe nach oder nach freier Kapazität zugeteilt werden. Die Parlamentsarbeit würde abwechslungsreicher und effizienter und die Belastung ausgeglichener. Das Kommissionspräsidium würde natürlich im Turnus wechseln.

So viel zur Begründung und Erläuterung der ursprünglichen Absichten meines Postulates.

Seit dessen Eingabe ist bekanntlich einige Zeit verstrichen, und ich durfte einen vertiefteren Einblick in die Rats- und Büroarbeit gewinnen. Dabei sind mir und meinen Bürokollegen immer wieder Aspekte der Geschäftsordnung (GO) begegnet, die der Klärung bedürfen. So musste das Büro insbesondere feststellen, dass wichtige Aspekte bezüglich des Ratssekretariats unklar sind. Auch von einzelnen Mitgliedern dieses Rates wurden Mängel oder Ergänzungswünsche der bestehenden GO festgestellt. So wurde zum Beispiel von Walter Hotz anlässlich der Budgetdebatte konstatiert, dass die Grundentschädigungen der verschiedenen Kommissionen gleich hoch sind unabhängig davon, ob die Kommission zwei oder zehn Mal getagt hat. Dann haben wir noch das eben behandelte Verfahrenspostulat von Urs Tanner, das die Sitzungsgeldordnung neu regeln will.

Mit all diesen Punkten habe ich nicht gerechnet, als ich mein Postulat einreichte. Ich wollte eher grundsätzliche Probleme lösen. Im Ratsbüro gibt es natürlich verschiedene Vorstellungen, was und wie geändert werden soll, deshalb wird Ihnen das Büro die Überarbeitung der GO in einer Spezialkommission vorschlagen.

Ich persönlich bin der Meinung, dass nicht jede Eventualität geregelt werden kann und soll. Die GO dient dem reibungslosen Ablauf der Parlamentsarbeit und soll so einfach und kurz wie möglich sein. Schliesslich kann das Parlament im konkreten Fall per Abstimmung festlegen, ob zum Beispiel eine PUK durchgeführt werden soll. Ziel wäre die Optimierung und möglichst keine Erweiterung der GO.

Ich erlaube mir zum Schluss, den zentralen Wortlaut des Postulates vorzulesen:

Das Ratsbüro wird gebeten zu prüfen und Bericht und Antrag zu erstatten, wie die Geschäftsordnung zur weiteren Optimierung des Ratsbetriebes angepasst werden kann.

In diesem und in aller Sinne hoffe ich auf eine positive Aufnahme dieses Verfahrenspostulats. “

Rainer Schmidig (EVP)

Stellungnahme des Büros

”In Abwesenheit unseres juristischen Gewissens im Büro habe ich es übernommen, die Antwort aus dem Büro vorzustellen. Ich werde es sehr ausführlich machen und auf jeden Punkt eingehen, den wir vorhin von Stefan Marti gehört haben.

Das Büro hat das Verfahrenspostulat von Urs Tanner vom 26. Mai 2015 „Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!“ zusammen mit dem Verfahrenspostulat von Stefan Marti vom 18. August 2015 „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“ intensiv und kontrovers beraten. Es ist der Meinung, dass ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Gleichzeitig ist sich das Büro aber bewusst, dass diese Regelung mit Mehraufwand für die Stimmzählenden sowie für die Sitzungsleitenden der ständigen Kommissionen, der Spezialkommissionen, der Bürositzungen sowie der Fraktionspräsidentenkonferenz verbunden ist. Auch ist das Büro der Auffassung, dass der von Urs Tanner vorgeschlagene Wortlaut nicht „tel quel“ übernommen werden kann, sondern nur nach einiger Präzisierung angewendet werden könne. Da aber der Postulant nur eine sinngemässe Ergänzung von Art. 10 der Geschäftsordnung verlangt, sollte dem nichts entgegenstehen. Das Büro würde es als hilfreich erachten, wenn im Gesetzestext unter anderem der Kreis der betroffenen Sitzungen festgelegt und der massgebende zeitliche Rahmen präzisiert würden.

Sinnvoll wäre nach Auffassung des Büros, wenn der Gesetzestext von Art. 10 der Geschäftsordnung generell überprüft und allenfalls angepasst würde. Wenn Sie nämlich den Wortlaut von Art. 10 genau anschauen, werden Sie erstaunt feststellen, dass beispielsweise das Sitzungsgeld von nichtständigen Kommissionen oder Teilnehmenden an Fraktionspräsidentenkonferenzen nicht erwähnt sind.

Zu überlegen ist zusätzlich, ob es in der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates auch eine Bestimmung, welche die Aufnahme eines Absenzenverzeichnisses vorschreiben würde, braucht, ähnlich wie §36 der Geschäftsordnung des Kantonsrates Schaffhausen.

Das Büro schlägt Ihnen daher vor, das Postulat Urs Tanner zu überweisen. Dies auch im Kontext mit dem Postulat von Stefan Marti „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“, das Ihnen das Büro ebenfalls zur Überweisung empfiehlt.

Um es gleich vorwegzunehmen: Das Büro steht dem Anliegen/Optimierungsbedarf positiv gegenüber, wird jedoch nicht zu den einzelnen Vorschlägen des Postulanten Marti Stellung nehmen. Dazu bestehen im Büro bezüglich der einzelnen Massnahmen stark unterschiedliche Auffassungen. Im Büro herrscht jedoch die einhellige Auffassung, dass die Geschäftsordnung revidiert beziehungsweise ergänzt werden sollte, und zwar im Sinne des Textes des Postulats: *Das Ratsbüro wird gebeten, zu prüfen und einen Bericht zu erstatten, wie die Geschäftsordnung zur weiteren Optimierung des Ratsbetriebs angepasst werden kann.*

Das Büro hat im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Geschäftsordnung in verschiedenen Bereichen lückenhaft (zum Beispiel Regelung der parlamentarischen Untersuchungskommission), unpräzise oder mangelhaft ist. Das Büro sieht daher eine Chance, dass bei einer gleichzeitigen Überweisung der Postulate Tanner/Marti Unzulänglichkeiten „en globe“ korrigiert werden könnten und wird Ihnen daher beantragen, das Postulat Marti ebenfalls zu überweisen. Die konkrete Ausgestaltung sollte nach Meinung des Büros einer Spezialkommission überlassen werden. “

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

„Ich weiss nicht genau, was Urs Tanner mit seinem Vorstoss will. Wenn es Ratsmitglieder gibt, die häufiger bei wichtigen Geschäften fehlen, dann ist es an den Fraktionen, ihren Mitgliedern, auf deren Stimmen sie angewiesen sind, ins Gewissen zu reden, ganz egal, ob die ganze oder nur ein Teil der Sitzung versäumt wird. Mir ist auch nicht bewusst, dass sich Parlamentarier nach einem wichtigen Geschäft in Scharen davonstehlen, wenn die übrigen Traktanden nicht mehr so gewichtig sind. Ich sass zwar bis vor kurzem in der ersten Reihe und weiss deshalb natürlich nicht, was sich alles hinter meinem Rücken abgespielt hat. Aber wenn der Saal plötzlich halbleer gewesen wäre, hätte ich es hoffentlich bemerkt.“

Wenn es so wäre, dass wir Ratsmitglieder hätten, die um 18 Uhr kurz vorbeischaun, um sich auf die Präsenzliste aufnehmen zu lassen, und gleich wieder verschwinden, könnte ich Urs Tanners Vorstoss verstehen. Wir sind immer noch ein Milizparlament. Stefan Marti will in seinem Vorstoss, dass die Einführung eines Familienzuschlags geprüft wird, um die Ratsarbeit für junge Eltern attraktiver zu machen. Es passt nun nicht ganz, wenn Urs Tanner auf der anderen Seite den Ratsmitgliedern, die andere Verpflichtungen haben und sich trotzdem noch die Mühe gemacht haben, für einen Teil der Sitzung in diesen Saal zu kommen, etwas wegnimmt. Die AL wird das

Verfahrenspostulat von Urs Tanner mehrheitlich ablehnen.

Der Vorstoss von Stefan Marti fordert uns auf, die Geschäftsordnung als Ganzes zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Dazu sollen Ideen und Vorschläge aller Fraktionen eingeholt und berücksichtigt werden. Es ist zwar ein etwas schwammiger Auftrag, aber ich konnte an meiner ersten Bürositzung zur Kenntnis nehmen, dass anscheinend einige Bedürfnisse zur Änderung der GO vorhanden sind, und es daher gelegen käme, wenn man im Rahmen einer solchen Generalvollmacht diese Anliegen bündeln könnte, anstatt den Rat mit einem Strauss weiterer Verfahrenspostulate zu beglücken. Dem wollen wir nicht im Weg stehen. Wir werden den Vorstoss von Stefan Marti unterstützen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Ich spreche nur zum Sitzungsgeld, also zum Verfahrenspostulat von Urs Tanner. Dieses Sitzungsgeldpostulat hätte nämlich seinen Ursprung in unserer Fraktion haben können. Das Thema beschäftigte uns schon während der Beratung der Totalrevision der Geschäftsordnung im Dezember 2008. In diesem Zusammenhang haben wir das Sitzungsgeld an unserer Ratssitzung im Februar 2009 von CHF 90.-- auf CHF 130.-- erhöht. Damals hatte sich die FDP/JFSH-Fraktion entschieden gegen die massive Erhöhung gewehrt.

Nun liegt ein Antrag von der linken Seite vor, bei dem man in Zukunft Einsparungen durch die Sitzungsgelder erzielen kann. Dies freut uns und ist natürlich ganz in unserem Sinn. Es erscheint gerecht, bei Anwesenheit während einer halben Sitzung auch nur das halbe Sitzungsgeld ausbezahlen. Wenn man bedenkt, dass sich zudem der Vorbereitungsaufwand für die Verhandlungen bei Anwesenheit während einer halben Ratssitzung entsprechend minimiert, ist es nur richtig, wenn das Sitzungsgeld gemäss Antrag gekürzt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich am Rande noch bemerken, dass wir nochmals eine entsprechende pro rata-Kürzung für die Grundentschädigung diskutieren könnten. Wenn ein Mitglied über das ganze Jahr mehrere Absenzen ausweist, ist eine ganze Grundentschädigung nicht unbedingt gerechtfertigt. Auch wäre es vorstellbar, dass für kurze Sitzungen, die weniger als zwei Stunden dauern, für alle nur das halbe Sitzungsgeld ausbezahlt wird, ganz nach dem Grundsatz “halbe Sitzungsdauer, halbes Geld für alle”. Da bei diesen Punkten aber auch der gesunde Menschenverstand, vor allem des jeweiligen Präsidiums, mitspielt, verzichten wir auf weitere Anträge.

Die FDP/JFSH-Fraktion wird das vorliegende Verfahrenspostulat einstimmig unterstützen.”

Res Hauser (JFSH)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Die FDP/JFSH-Fraktion unterstützt in dem vorliegenden Verfahrenspostulat einen Punkt, kann dem Vorstoss aber in dieser Form nicht zustimmen. Bei den im Postulat erwähnten Punkten “Altersstruktur/Berufsgruppen” und “Vorstösse” sieht unsere Fraktion schlichtweg keinen Handlungsbedarf.

Wir können die Über- oder Untervertretung der verschiedenen Altersgruppen hier im Rat nicht selber beeinflussen. Dies ist aus unserer Sicht die Aufgabe der Stimmbevölkerung. Auf den Wahllisten sind unsere Jahrgänge vermerkt, und die

Stimmbürger entscheiden im nächsten Wahlherbst, wie unsere Zusammensetzung für die nächste Amtsperiode aussehen wird.

Zu den Vorstössen: Wir glauben auch, dass das Instrument der Kleinen Anfragen nicht überstrapaziert werden sollte. Nur liegt es in unserer eigenen Verantwortung, dass wir die Fragen nicht sinnlos aufblasen. Eine festgeschriebene Fragenbeschränkung in der Geschäftsordnung ist deshalb überflüssig.

Im Bereich der Fachkommissionen unterstützten wir den Einbezug von Gastmitgliedern nicht, da es sonst zu einem ungewünschten Lobbyismus kommt. Trotzdem sollte es aber Anpassungen bei der Aufteilung der Fachkommission geben. Die Titel beziehungsweise die Aufteilung der Fachkommissionen sind aktuell nicht zufriedenstellend. So ist die Fachkommission Soziales eher unterbelastet. Wir sind der Meinung, dass die Struktur bei den Fachkommissionen verändert werden muss. Ein Vorschlag von unserer Seite wäre, dass die Fachkommissionen in Fachkommission 1 und Fachkommission 2 aufgeteilt werden könnten und abwechslungsweise ein Geschäft zur Behandlung erhalten.

Auch bei der Zusammensetzung der VK Werke sind wir mit der aktuellen Lösung nicht ganz zufrieden. In der VK besteht oft Zeitdruck, und Budget und Rechnung können beispielsweise nicht sehr vertieft geprüft werden. Diese werden in der GPK und schlussendlich hier im Rat nur noch abgesehnet. Ein anderes Beispiel waren die Vorbereitungen für die Vorlagen "Neubau SH POWER" und "Tariferhöhung Wasser". Diese konnten in der VK nicht ausgewogen diskutiert werden.

Aus den erwähnten Gründen möchten wir dem Postulanten vorschlagen, sein Verfahrenspostulat in eine Interpellation umzuwandeln. Auch so könnten alle Anliegen der Fraktionen im Büro diskutiert werden. Das Büro kann darauf basierend GO-Änderungen vorschlagen.

Da wir, wie gesagt, mit einigen Punkten im Verfahrenspostulat nicht einverstanden sind, werden wir den Vorstoss in dieser Form einstimmig ablehnen. Die im Votum angekündigten Vorschläge haben diesen Entscheid sogar noch verstärkt."

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

"In dieser Frage ist unsere Fraktion uneins, eine Mehrheit unterstützt das Postulat Tanner, eine Minderheit findet, das Thema sei nicht postulatswürdig.

Bereits anlässlich einer GPK-Sitzung im letzten Frühjahr hat der Sprechende dieses Thema unter Varia thematisiert, weil damals schon ein Grossstadtratsmitglied permanent entweder später an die Sitzungen kam oder früher ging, so wie heute, und dies nicht nur hier im Rat, sondern auch an Sitzungen von Spezialkommissionen, was seither nicht anders ist. In der Diskussion kam man zum Schluss, dass eine verlässliche Kontrolle doch einigen Aufwand verursacht, dies insbesondere auch in den ständigen Kommissionen, wo wir wechselnde Präsidien und Protokollführende haben. Deshalb schlug damals GPK-Präsident Möller vor, von einer festen Regelung abzusehen, zumal doch die zuständigen Chefs die betreffenden Personen in die Mangel nehmen sollen. Dies sei effizienter als ein kompliziertes und aufwändiges Abwesenheitsverfahren einzuführen. Scheinbar gelang es diesem Fraktionschef nicht, sein Fraktionsmitglied entsprechend zu ermahnen, so wie dies der GPK-Präsident im letzten Frühjahr meinte. Oder besagter Fraktionschef wählte ganz einfach den für ihn einfacheren Weg, indem er dieses Postulat einreichte.

Eine Mehrheit in unserer Fraktion findet, eine Regelung sei notwendig, dies insbesondere aus Fairness denjenigen Ratsmitgliedern gegenüber, die pünktlich zur Sitzung erscheinen und auch bis zum Ende ausharren. Wichtig erscheint uns, dass eine Regelung im Büro diskutiert wird, welche einfach zu handhaben ist. Vorstellen kann ich mir, dass insbesondere in den Protokollen der Kommissionen unter Zeitangabe vermerkt wird, wer später kommt bzw. früher geht. So können sich allenfalls die Kommissionsmitglieder auch im Rahmen der Protokollgenehmigung zu den entsprechenden Einträgen äussern.

Nicht ganz klar scheint mir die vorgeschlagene Formulierung von Urs Tanner mit der erwähnten halben Stunde später kommen beziehungsweise früher gehen. Wie verhält es sich nun, wenn ein Mitglied um 18.20 Uhr kommt und um 20.15 Uhr geht, wenn die Sitzung bis 20.30 Uhr dauert? Damit hat das Mitglied mehr als eine halbe Stunde nicht an der Sitzung teilgenommen, ist aber weder eine halbe Stunde später gekommen noch eine halbe Stunde früher gegangen. Einfacher wäre allenfalls eine Regelung, indem die Mitglieder bis spätestens 18.15 Uhr zur Sitzung eintreffen müssen und nicht früher als eine Viertelstunde vor Sitzungsende die Sitzung verlassen dürfen.

Wie erwähnt, eine Mehrheit der SVP/EDU Fraktion wird das Verfahrenspostulat Tanner unterstützen. “

Walter Hotz (SVP)

Votum

”Nur ganz kurz noch schnell zum Verfahrenspostulat von Urs Tanner. Da bitte ich schon das Büro, und Kollege Jung hat es ja auch erwähnt, machen Sie es also nicht zu kompliziert. Was da jetzt alles bezüglich Sitzungsgeld gesagt wurde, ist nicht anzuhören.

Es ist ja ganz einfach: Man kann ins Protokoll schreiben, wer wann gekommen ist, wer entschuldigt ist und wer wann gegangen ist. Und dann kann man dies immer wieder in den Protokollen nachsehen. Und verantwortlich, ob eine Person die Sitzungen von Anfang bis am Schluss besucht hat, ist einfach der Fraktionspräsident.

Da muss sich die SP einfach einmal selber an der Nase nehmen, wenn ihre Kollegin Huber Ott jedes Mal früher geht. Ich weiss gar nicht, warum sie in diesem Rat noch mitwirkt.

Jetzt aber zum Verfahrenspostulat von Kollege Marti. Ich habe in meinem Dossier nachgeschaut, welche Unterlagen ich noch von früher habe. Es hat Protokolle von 1988, von 1996 und vom Jahr 2011. Sie wird immer wieder gestellt, diese Frage. Die SVP/EDU-Fraktion wird dem Verfahrenspostulat teilweise zustimmen; dies habe ich heute Abend noch vernommen. Obwohl wir die Begründungen in keiner Art und Weise unterstützen können. Auch die Begründungen, die wir jetzt heute noch von Stefan Marti gehört haben – sie sind haarsträubend. Wenn ich solche Ideen höre, dann fehlen mir wirklich die Worte, und ich meine es wirklich ernst.

Noch ein paar persönliche Bemerkungen: Erstens hat mich erstaunt, dass der Vorstoss nicht vom damaligen Ratsbüro eingereicht wurde, weil es eigentlich als dessen Vorstoss hätte eingereicht werden müssen. Denn eines sage ich Ihnen schon heute: Dieses Verfahrenspostulat, sollte es überwiesen werden, muss vom Ratsbüro bearbeitet werden, und sicher nicht an eine Spezialkommission weitergegeben werden. Und schon gar nicht an den Stadtrat, weil der Stadtrat nämlich kein starkes Parlament will. Ob das jetzige Büro überhaupt in der Lage ist, so ein

Verfahrenspostulat zu bearbeiten, um den Ratsbetrieb optimieren zu können, glaube ich nicht. Es hat nämlich nur zwei Personen in diesem Ratsbüro, die fähig sind. Das sind der zweite Vizepräsident und die Stimmenzählerin. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss.

Wir Mitglieder des Grossen Stadtrats müssen uns zuerst einmal im Klaren sein, was eigentlich unser Auftrag ist. Dieser lautet nämlich gemäss Stadtverfassung, Art. 24, ich zitiere: *“Der Grosse Stadtrat übt die Oberaufsicht über den Stadtrat und die gesamte Stadtverwaltung aus.”* Was will ich damit sagen: Wenn wir eine Optimierung unseres Ratsbetriebes erreichen wollen, muss Folgendes gemacht werden und alle Utopien, die uns Stefan Marti vorgetragen hat, müssen Sie einfach vergessen. Wir brauchen einen effizienten Ratsbetrieb. Dazu benötigen wir:

1. Eine kritische Beurteilung des Ist-Zustand, eine Art Diagnose.
2. Die Aufnahme eines postulierten Soll-Zustands, das heisst politisch erwünschter, geforderter, gesunder beziehungsweise gerechter Ideal-Zustand.

Dazwischen liegt der parteipolitische Handlungsbedarf.

So müssen Sie vorgehen; aber nicht anfangen mit der Entschädigung oder ob jetzt einer drei oder vier Kinder hat. Also, unglaublich. Wir brauchen wieder ein Ratsbüro, das selbständig ist und ohne Teilnahme des Stadtschreibers tagt. Selbständig müssen wir sein. Wir sind eine andere Institution als der Stadtrat. Die Fachkommissionen sind wieder abzuschaffen. Ich habe an nur einer Sitzung der Fachkommission Soziales erlebt, worüber dort diskutiert wird, nämlich über Parkplätze für Kinderwagen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist doch ungeheuerlich. Und dass eine Fachkommission Bau Projektierungen für Schulhäuser macht, ist doch gar nicht die Aufgabe einer Fachkommission. Man muss sich doch das mal vor Augen halten. Setzen wir Spezialkommissionen ein, und dann klappt der Ratsbetrieb auch wieder.

Dann müssen die Fraktionsentschädigungen gestrichen werden. Das ist nämlich auch ein Übel. Wir müssen selber schauen, wie wir zum Geld kommen. Ich kann mich noch erinnern, als wir eine eigene Fraktion hatten, zusammen mit Kollege Res Hauser, Till Hardmeier und damals noch Daniel Preisig. Wir wussten ja gar nicht, was mit dem vielen Geld machen. Es gibt aber Parteien, die mit diesem Geld ihre Löcher stopfen.

Also, abschliessend kann man sagen, dass das Verfahrenspostulat von Stefan Marti überwiesen werden soll, und dann sehen wir weiter. Aber ich empfehle Ihnen, nehmen Sie einen Spezialisten, der Ihnen diese Revision in die Wege leitet. Sonst glaube ich nämlich nicht daran, dass etwas Rechtes herauskommt.”

René Schmidt (GLP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Heute wird ja eine recht heitere Sitzung zelebriert. Man hat dies und das noch in Erinnerung und möchte jenes auch ändern. Irgendwie fühle ich mich nicht wohl, wenn ich ehrlich bin, weil dies eigentlich nicht den Geschmack nach seriöser Arbeit hat.

Wir haben in unserer Fraktion natürlich beide Postulate diskutiert, und die Begeisterung hielt sich in Grenzen. Wir wurden aber durch unseren Vertreter im Büro, Rainer Schmidig, angehalten, die Thematik seriös aufzuarbeiten und dem Ganzen einen positiven Aspekt abzugewinnen. So viel zur Situation in unserer Fraktion.

Ich möchte jetzt auch nicht lange auf das Sitzungsgeld eintreten. Ich kann unterstützen, was Walter Hotz und Martin Jung ausgeführt haben: Bitte nicht zu kompliziert. Wollen wir mehr Bürokratie? Wollen wir noch eine Stechuhr draussen installieren? Das wäre der Schlüsselpunkt, den man auch noch machen könnte, nämlich die Bezahlung nach Minuten, wie lange wir absitzen. Irgendwie reicht es mir jetzt mit Optimierungen in unserer Organisation. Das kostet nur und bringt nichts. Von mir aus können einfache Lösungen geprüft werden. Aber irgendwo müssen wir auch Einhalt gebieten, sonst beschäftigen wir uns nur noch mit uns selber.

Zum Verfahrenspostulat von Stefan Marti habe ich ein paar Gedanken aufgeschrieben, die ich hier einfach einbringen will, weil ich sonst gefühlsmässigen Hochdruck bekomme, wenn wir so arbeiten.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass im Parlament mit schnell konzipierten Vorstössen das berühmte Haar in der Suppe gesucht wird. Es gibt Menschen, die hoch befähigt sind und Augen eines Adlers, den Spürsinn eines Trüffelschweins und die Ausdauer eines Jagdhundes haben. Sie suchen ständig nach etwas, das sie dann auch grundsätzlich finden, sei es noch so winzig oder gut versteckt

So habe ich das Gefühl, dass mit diesem Verfahrenspostulat etwas gesucht wird, das für mich wenig sichtbar ist. Der Auftrag, die Optimierung einer Geschäftsordnung voranzutreiben, tönt für mich so, wie wenn ein Unternehmensberater dem Management ins Blaue hinaus Organisationsoptimierungen in Aussicht stellt, damit er zu einem Auftrag kommt; wenig konkret, aber wahrscheinlich strategisch lebenswichtig.

Eigentlich hätte ich einige konkrete Ansatzpunkte zur Optimierung der Geschäftsordnung erwartet. Mit dem Hinweis, gezielt auf die Altersstruktur und Berufsstruktur Einfluss zu nehmen, können wir die Demokratie abschaffen und zum Kastensystem wechseln. In unserer Demokratie entscheidet der Wähler, wer ins Parlament gehört. Und wer er im Parlament vor allem erfahrene Politiker haben will, der wählt diese Gruppe. Wenn der Wähler aber junge unverbrauchte Politiker sucht, dann findet er auf den Wahllisten der Jungparteien oder auch in den anderen Parteien einige Exemplare im Alterssegment von 20-35 Jahren beziehungsweise einige Nichtlehrer und Nichtjuristen, die auch ohne Familienzulagen bereit sind, ihre politischen Ziele voranzutreiben.

Offensichtlich sind wir Parlamentarier auch überfordert und möchten Gastmitglieder unsere Entscheidungen vorbereiten lassen. Es ist mir schon klar, dass im Wahljahr die Versuchung besteht, Vorstösse für die Galerie beziehungsweise für Marketingzwecke zu nutzen.

Nun komme ich zum Schluss meiner kritischen Bemerkungen: Eigentlich könnte ich dieses Postulat zurück- und abweisen und warten bis konkrete und realistische Probleme an die Reihe kommen. Als Optimist gebe ich dem Postulat aber eine Chance in der Hoffnung, dass sich dann in der Vorlage doch einige handfeste Verbesserungen, wie der organisatorische Einbezug des Ratssekretariates, finden lassen. Ich werde der Überweisung des Postulats deshalb knurrend zustimmen. “

Stefan Marti (SP)

Schlusswort

”Wenn ich es richtig gehört habe, gibt es einen spannenden Ausgang für das Postulat von Urs Tanner. Die Meinungen gehen offenbar quer durch alle Parteien. Aber es ist

offenbar konkret genug, dass man etwas festhalten kann. Wir sind gespannt auf den Ausgang der Abstimmung.

Zu meinem Postulat beziehungsweise zum Votum von Walter Hotz: Parkplätze für Kinderwagen oder geklaute IWC-Uhren - es gibt so wichtige Sachen im Parlament. Eine SPK sollten wir einsetzen, damit wir den dritten fähigen Menschen auch noch dabei haben können. Dann kann sich nämlich Walter Hotz für die SPK melden, und dann sind drei kluge Leute bei der Überarbeitung der GO dabei.

Eine Umwandlung in eine Interpellation wurde angesprochen. Dies macht in dem Sinn keinen Sinn, weil es wirklich ernsthaft um die Überarbeitung der GO und eine Optimierung derselben geht. Wenn dies nicht gewünscht ist, können wir gut mit der GO, die wir haben, weiterarbeiten - das ist gar kein Problem; sie funktioniert. Sie hat gewisse Mängel, aber es ist nicht zwingend nötig, sie zu ändern. Es wäre ein Vorstoss gewesen. Es wäre ein Vorstoss, der dann Sinn gemacht hätte, wenn man ein bisschen idealistisch etwas erreichen wollte. Aber wenn dies nicht gewünscht ist, lassen wir es vielleicht besser."

SCHLUSSABSTIMMUNGEN

Abstimmung Verfahrenspostulat Urs Tanner:

Das Verfahrenspostulat wird mit 17:10 Stimmen vom Grossen Stadtrat erheblich erklärt.

Abstimmung Verfahrenspostulat Stefan Marti:

Das Verfahrenspostulat wird mit 21:9 Stimmen vom Grossen Stadtrat erheblich erklärt.

Traktandum 4 Interpellation Dr. Katrin Bernath vom 30. Juni 2015: Sanierung der KSS Sport- und Freizeitanlagen mit Weitsicht!

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Begründung

"Meine Interpellation zur Sanierung der KSS Sport- und Freizeitanlagen geht auf zwei Punkte ein: Die Organisationsform und die Sanierungsplanung. Aus den folgenden vier Gründen sind diese beiden Punkte für die Stadt Schaffhausen und für die Zukunft der KSS zentral:

1. Die KSS Sport- und Freizeitanlagen sind wichtig für die Stadt Schaffhausen: Die vielfältigen Angebote für Sport- und Freizeitaktivitäten werden von Jung und Alt geschätzt. Die Anlagen werden intensiv von Vereinen, Schulen, Familien, Senioren und Sportlerinnen genutzt. Die KSS ist auch ein Wirtschaftsfaktor und trägt zur Standortattraktivität der Stadt Schaffhausen bei.
2. Die Infrastruktur der KSS ist in verschiedener Hinsicht sanierungsbedürftig. Bereits seit vielen Jahren ist im Finanzplan des Stadtrates zu lesen, dass ein Gesamtenergiekonzept umgesetzt werden soll. Die KSS braucht viel Energie. Es gibt ein grosses Potenzial, Energie und damit auch Betriebskosten einzusparen. Sanierungs- und Investitionsbedarf besteht aber auch im Hinblick auf betriebliche Optimierungen.

3. Die heutige Organisationsform der KSS ist unbefriedigend, und es braucht eine Klärung der Kompetenzen, Zuständigkeiten, Eigentumsverhältnisse und Finanzierung. Die Fragen rund um die Organisations- und Rechtsform stehen wohl schon viel länger im Raum, als ich hier im Rat bin. Eine entsprechende Vorlage des Stadtrates wurde mehrfach angekündigt. Ich bin mir bewusst, dass es sich um keine einfache Aufgabe handelt. Angesichts der anstehenden Investitionen zur Sanierung und Aktualisierung der Anlagen braucht es nun aber dringend klare und transparente Regelungen.
4. Ein Gesamtkonzept ist Voraussetzung dafür, dass die Investitionen aus betrieblicher, ökonomischer und ökologischer Sicht sinnvoll getätigt werden. Ein Gesamtkonzept soll die betrieblichen Anforderungen, die erforderlichen baulichen und technischen Massnahmen, die damit verbundenen Kosten und den Nutzen – insbesondere auch die Potenziale zur Reduktion von Energieverbrauch und -kosten – aufzeigen. Auf dieser Grundlage kann die Sanierung in Etappen geplant werden, und es ist sichergestellt, dass die Investitionen in ein vorausschauendes Gesamtkonzept passen.

Nachdem im letzten Finanzplan nur noch eine „KSS Minimalsanierung“ und nicht wie in früheren Jahren ein „KSS Gesamtenergiekonzept“ eingeplant ist, befürchte ich, dass der Stadtrat auf eine längerfristige Planung der Sanierung und Optimierung der KSS-Anlagen in Etappen verzichten will. So bin ich gespannt auf die Ausführungen des Stadtrates dazu und zu meinen weiteren in der Interpellation gestellten Fragen. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme Stadtrat**

”Wir schaffen es tatsächlich noch, diese Interpellation zu beantworten, bevor sie ein Jahr alt ist. Erlauben Sie mir einige Worte zur Ausgangslage.

In der Interpellation weisen die Unterzeichnenden auf die vielfältigen Sport- und Freizeitangebote der KSS hin, die von Jung und Alt ausserordentlich geschätzt werden. Damit dies auch künftig so bleiben wird, hat der Stadtrat seit einigen Jahren die entsprechenden Mittel für eine Sanierung der Anlage im Finanzplan eingestellt.

Die Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft Schaffhausen, kurz KSS Schaffhausen, betreibt seit Mitte der sechziger Jahre eine Eisbahn und ein Freibad. 1972 wurde das Hallenbad eröffnet, im Jahr 2010 die neue Eis- und Curlinghalle. Grössere Sanierungen (mit Ausnahme der technischen Sanierung im Jahr 1991) fanden im Hallenbad seit gut 40 Jahren nicht mehr statt.

Die Unterhaltskosten der Anlage steigen überproportional an, und die Betriebssicherheit kann nur noch mit grossem Aufwand gewährleistet werden. Die Sanierung der technischen Anlage ist notwendig, damit der Betrieb mittel- und längerfristig sichergestellt werden kann. Zudem besteht ein Potential für eine Verbesserung der Energieeffizienz der Gesamtanlage sowie für die Reduktion des CO²-Ausstosses.

Die Interpellation gibt dem Stadtrat die Möglichkeit, die Situation der Genossenschaft darzulegen und auf die problematischen Punkte - namentlich auch in Bezug auf die Finanzierung der notwendigen Sanierungsmassnahmen - hinzuweisen. Er nimmt zu den einzelnen Fragekomplexen der Interpellanten wie folgt Stellung:

1. Frage: Welche Organisationsformen der KSS sind nach Ansicht des Stadtrates möglich und geeignet für eine klare Regelung von Kompetenzen, Zuständigkeiten und Finanzierung der anstehenden Sanierungsmassnahmen?

Die KSS ist rechtlich als Genossenschaft konzipiert. Die Stadt Schaffhausen ist mit 97% der Anteilsscheine Hauptgenossenschafterin. Die organisatorischen Verbindungen zur Stadt Schaffhausen sind heute vielfältig und auf verschiedenen Ebenen zu finden. Seit 2008 besteht eine Leistungsvereinbarung zwischen der KSS und der Stadt Schaffhausen, worin die Bereitstellung der Anlagen beziehungsweise der Betriebsbeitrag der Stadt geregelt sind. Die Verbindungen zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS können grundsätzlich in drei Teilbereiche unterschieden werden:

- **Führung:** Der zuständige Stadtrat vertritt die Stadt Schaffhausen an der Generalversammlung der Genossenschaft, in der Verwaltungskommission und im Verwaltungsausschuss. Im Weiteren ist die städtische Verwaltung durch das Baureferat im Verwaltungsausschuss vertreten und das Finanzreferat an der finanziellen Steuerung beteiligt. Die Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen führt die Revision der KSS durch.
- **Finanzen:** Die Stadt Schaffhausen unterstützt die KSS finanziell mit einem Betriebsbeitrag in der Höhe von CHF 1.5 Mio. Zudem entrichtet sie ausserordentliche Beiträge für Investitionen und grössere Unterhaltsarbeiten. Die Eckwerte der finanziellen Verantwortlichkeiten sind in der Leistungsvereinbarung geregelt.
- **Leistungen:** Auf betrieblicher Ebene entlastet die Stadtverwaltung die KSS, indem sie bau- und finanzplanerische Aufgaben übernimmt. Dazu zählen Leistungen des Hochbauamtes und von verschiedenen in die Planung und Überwachung von Bauprojekten sowie Unterhaltsarbeiten involvierten Gremien.

Aufgrund der in naher Zukunft anstehenden, umfangreichen Investitionen und Unterhaltsarbeiten sowie des Umstandes, dass mit der bestehenden Organisationsform Finanz- und Entscheidungskompetenzen für den grössten Teil der Investitionen bei der Stadt liegen, hat der Stadtrat im Sommer 2013 entschieden, die heutige Organisationsform zu überprüfen. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, welche von der HTW Chur fachlich begleitet wurde.

Nachdem die Ist-Situation erfasst und die Zieldefinition der Neuorganisation abgeschlossen wurde, hat die Arbeitsgruppe verschiedene Organisationsformen überprüft. Dabei haben sich die Varianten "kommunaler Betrieb", " Holding " und "Betriebsgesellschaft" für eine vertiefte Betrachtung angeboten.

Aufgrund der Änderung der Organisationsform sind finanzielle Auswirkungen in den Bereichen Mehrwertsteuer, Löhne, Akquisition von Drittmitteln und Abschreibungen zu erwarten. Die Überprüfung dieser Auswirkungen soll bis im Frühjahr 2016 (wir sind in den letzten Zügen mit den Abklärungen) abgeschlossen sein, so dass dem Grossen Stadtrat und der Generalversammlung der KSS eine Vorlage mit einem vertieft geprüften Vorschlag für eine neue Organisationsform unterbreitet werden kann. Ohne dass sich der Stadtrat bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf einen Lösungsvorschlag festlegen will, ist die Wahrscheinlichkeit relativ gross, dass wir den in die Entscheidungsfindung involvierten Gremien die Variante einer Betriebsgesellschaft mit dem Rechtskleid einer Genossenschaft vorschlagen werden, welche ausschliesslich für den Betrieb zuständig sein wird, während die gesamten Anlagen in den Besitz der Stadt übergehen. Diese ist ja, wie bereits erwähnt, ohnehin mit 97% des

Genossenschaftskapitals an der bisherigen Genossenschaft beteiligt.

2. Frage: Welche Möglichkeiten zur Finanzierung der Sanierungsmassnahmen hat der Stadtrat geprüft?

Die KSS hat in den letzten Jahren die bestehende Infrastruktur und die Angebote laufend weiterentwickelt. Weitere Erweiterungsinvestitionen sind aus heutiger Sicht zunehmend von untergeordneter Bedeutung, wichtiger werden dagegen Ersatz- respektive Unterhaltsinvestitionen. In der heutigen Konstellation können einmalige Unterhaltsinvestitionen nicht als gebundene Ausgaben taxiert werden, das heisst, es werden laufend "ausserordentliche" Vorlagen an Parlament und Volk notwendig.

Nebst dem Engagement der Stadt steht immer wieder eine stärkere finanzielle Beteiligung der Nutzer zur Debatte. Dies gilt sowohl für die Vereine als Benützer der Anlagen als auch für den Kanton und die Nutzer von ausserhalb der Stadt. Aus Sicht der Stadt Schaffhausen werden die Zentrumsleistungen, die sie mit der KSS finanziert, nicht genügend abgegolten.

Ausserdem hat auch der bestehende Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS Einfluss auf die zukünftigen finanziellen Verpflichtungen der Stadt. Der Baurechtsvertrag vom 3. Dezember 1965 sieht einen Heimfall der bestehenden Anlage per 3. Dezember 2025 vor. Das heisst, die Stadt Schaffhausen wird zu diesem Zeitpunkt Eigentümerin der Anlagen.

Diese Problemstellungen sind ebenfalls Teil der Abklärungen, welche die Projektgruppe zur Überprüfung der Organisationsform KSS vornimmt. Die verschiedenen Varianten der Betriebsformen beeinflussen die Möglichkeiten der Finanzierung von Sanierungsmassnahmen. Der Stadtrat ist mit dem Kanton bezüglich einer Beteiligung an den Sanierungskosten im Gespräch.

3. Frage: Welche Grundlagen zum bereits im Finanzplan 2012 bis 2015 vom 15. November 2011 erwähnten KSS Gesamtenergiekonzept liegen vor?

Die Tatsache, dass das Hallenbad seit gut 40 Jahren keine grösseren Sanierungen erfahren hat, die Bedürfnisveränderungen der Nutzer, den überproportional ansteigenden Unterhaltskosten sowie dem vorhandenen Potenzial für eine Verbesserung der Energieeffizienz, hat dazu geführt, dass der Stadtrat im August 2013 ein Sanierungs- und Aktualisierungskonzept erarbeiten liess. Dafür wurden die im Bau von Schwimmbädern erfahrenen Firmen K&L Architekten, PPM Projektmanagement sowie WSP Ingenieure beauftragt, ein Konzept für das weitere Vorgehen zu erarbeiten. Dabei ist ein umfassendes Sanierungs- und Aktualisierungskonzept entstanden.

Aufgrund des Alters der Haustechnik-Anlage und insbesondere der Badewassertechnik besteht ein hoher Sanierungsbedarf im technischen Bereich - dies sowohl aus finanzieller und sicherheitstechnischer als auch aus ökologischer Sicht. Zusammen mit einer technischen Sanierung kann mittels geeigneten Massnahmen der CO²-Ausstoss von 2'000 to auf 1'300 to reduziert werden.

4. Frage: Bedeutet die oben erwähnte Änderung im Finanzplan von "KSS Gesamtenergiekonzept und Sanierung der Wasseraufbereitung" zu "KSS Minimalsanierung", dass nur die kurzfristig notwendigen Massnahmen realisiert werden und auf eine längerfristige Planung der Sanierung in Etappen verzichtet wird? Im Rahmen des erarbeiteten Sanierungs- und Aktualisierungskonzeptes, welche dringende Sanierungen der Becken und der Badewassertechnik (Grundsanierung)

aufzeigt sowie mögliche Varianten für die Aktualisierung der Anlage festhält, hat sich gezeigt, dass der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Schaffhausen entsprechend ein etappiertes Vorgehen gewählt werden muss:

1. Sanierung der Becken und der Badewassertechnik beziehungsweise Grundsanierung (Sanierungs- und Entwicklungskonzept/1. Etappe) - Sommer 2017
2. Massnahmen zur Aktualisierung der Anlage (Sanierungs- und Entwicklungskonzept/2. Etappe) - Zeitraum 2018 - 2022

Die erste Etappe beinhaltet eine Grundsanierung der Anlage. Darin enthalten ist die dringende Sanierung der Badewassertechnik sowie der inneren Sanierungsarbeiten des Bades. Diese Arbeiten sind vordringlich und absolut notwendig, um den Betrieb der Anlage aufrecht zu erhalten. Die Stadt kann diese Massnahmen aus eigener Kraft finanzieren. Wir sprechen hier von einem Investitionsbedarf von CHF 6.5 Mio. Derzeit laufen Verhandlungen mit einem Contractor zur Übernahme des gesamten technischen Teils der Anlage. Darin eingeschlossen sind die 1. Etappe mit der Grundsanierung, ein allfälliger kompletter Neubau der Technikzentrale, der Ersatz des Winterdachs sowie die Eisfeldsanierung. Die Grundlagen für einen Grundsatzentscheid des Stadtrates liegen vor.

Für die zweite Etappe rechnen wir je nach gewähltem Sanierungs- und Entwicklungskonzept mit Kosten von CHF 20 - 30 Mio. Diese Investitionen kann die Stadt nicht ohne Beiträge des Kantons und, wenn möglich, von Nutzergemeinden finanzieren, ohne eine markante Mehrverschuldung in Kauf zu nehmen. Hier sind wir dringend auf zusätzliche Finanzgeber angewiesen.

5. Frage: Ist eine Ersatzlösung für das Winterdach, das im Jahr 2003 mit einer Ausnahmegewilligung für eine befristete Dauer von rund 10 Jahren bewilligt wurde, Teil der im Finanzplan enthaltenen Massnahmen?

Eine Ersatzlösung für das Winterdach ist Gegenstand der Verhandlungen mit dem erwähnten Contractor.

Schlussbemerkungen:

Der Stadtrat wie auch der Regierungsrat, der bereits zu einem frühen Zeitpunkt über die mit der KSS verbundene Sanierungs- und Erweiterungsproblematik orientiert wurde, sind sich der überregionalen Bedeutung der Anlage bewusst. Dies namentlich auch vor dem Hintergrund der bereits geschlossenen oder von der Schliessung bedrohten Lehrschwimmbecken in einzelnen Gemeinden. Die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Schulen, die Forderungen für einen zeitgemässen Schwimmunterricht gemäss Lehrplan zu erfüllen, sind bereits jetzt stark eingeschränkt. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass neben der Sanierung und allfälligen Erweiterung der Schwimmbecken auch eine Sanierung des Ausseneisfeldes im Verlauf der nächsten Jahre ansteht.

Der Stadtrat ist bestrebt, Lösungen für die anstehenden Probleme der KSS zu finden und hofft auf eine breite Unterstützung des Grossen Stadtrates. In diesem Sinne freut er sich auf eine angeregte, konstruktive Diskussion. “

Walter Hotz (SVP)

Votum

”Ich danke Dr. Katrin Bernath für diese Interpellation, die nämlich bitter nötig ist. Und wenn wir jetzt den Haupttitel lesen “Sanierung der KSS Sport- und Freizeitanlagen mit Weitsicht”, dann frage ich Sie jetzt, wo Sie die Antwort des Stadtrates gehört haben,

ob es wirklich mit Weitsicht zu tun hat.

Ich möchte nur zum ersten Punkt bezüglich der Organisationsform der KSS etwas sagen. Sie, Stadtrat Hunziker, haben mir einmal in einem E-Mail geschrieben, dass die Erarbeitung einer neuen Betriebsform praktisch abgeschlossen sei und dass Sie auf den Sommer 2014 eine Vorlage in den Grossen Stadtrat bringen würden. Dieses Mail habe ich am 6. März 2014 bekommen. Nach einem Jahr habe ich wieder nachgefragt. Dann hiess es, dass es aus personellen Gründen Frühling 2015 wird. Jetzt hören wir, dass es Frühling 2016 wird.

Wir haben einen Nachtragskredit von CHF 30'000.-- für einen Professor der HTW Chur gesprochen. Sie haben in Ihrem Votum gesagt, die KSS koste die Stadt rund CHF 1.5 Mio. Aber wenn ich natürlich meine Kleine Anfrage, die von Stadtrat Daniel Preisig ehrlich beantwortet worden ist - das kommt eigentlich selten vor, dass man eine ehrliche Antwort bezüglich einer Kleinen Anfrage bekommt - ist schwarz auf weiss aufgeführt, dass sich die Aufwendungen der KSS für die Stadt auf jährlich CHF 2'606'200.-- belaufen.

Zur Frage bezüglich Sanierung: Es ist auch hier wieder so, dass, anstatt immer wieder zu sanieren, man gewartet und gewartet und jahrelang nichts gemacht hat. Aber es wurde in Wellnessparks und in Saunen investiert. Sie müssen doch in die Infrastruktur investieren, wo es bitter nötig ist. Jetzt haben wir den Salat. Ich kann Ihnen versichern, das wird ein Sanierungsfall, nicht wie die KBA Hard, aber wir werden Millionen von Franken investieren müssen, nur, weil nicht richtig geplant worden ist.

Es ist jetzt schon wieder der nächste Event vorgesehen. Ich glaube, ein Eiskanal soll durch das ganze Gelände gebaut werden. Wofür brauchen wir so etwas? Es muss Eis mit viel Energie aufbereitet werden, damit man mit den Schlittschuhen durch den Park fahren kann. Meine Damen und Herren, wir investieren doch besser in die Infrastruktur. Wenn nämlich jetzt die Pumpen aussteigen, hat es plötzlich keinen Lieferanten mehr. Dann haben wir einen Salat, der nicht mehr zu geniessen ist."

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

"Das Votum von Walter Hotz finde ich schon etwas speziell. Ich bin der Meinung, dass sehr viel in der KSS in den letzten Jahren gemacht wurde. Neue Sachen wurden gebaut, das ist richtig. Die Infrastruktur wurde immer wieder erneuert, und zwar dort, wo es notwendig wurde. Trotzdem darf man nicht vergessen, dass die Anlage etwa so alt wie ich ist. Irgendwann werde auch ich gehen, dann kommt jemand Neues. Genauso wird es in der KSS sein. Wenn die Anlage ihre Jahre erreicht hat, und diese hat sie langsam erreicht, dann braucht es einen Ersatzneubau. Da kann man machen, was man will. Dieses System habe ich bereits vor 15 Jahren in der KSS Verwaltungskommission immer wieder angesprochen. Dies ist aber ein Grundsatzproblem der Stadt mit den Abschreibungen. Sonst wäre jetzt das Geld auf der Seite. Ich denke, die erwähnte Zahl CHF 2.6 Mio. ist nicht falsch. Wir haben früher immer von CHF 700'000.-- bis CHF 800'000.-- gesprochen, bis ein wenig mehr Druck aufgesetzt wurde und gewisse Sanierungskosten eingerechnet wurden. Heute sind wir bei CHF 1.5 Mio., in Wirklichkeit sind wir vermutlich bei CHF 2 - 3 Mio. Wenn man dieses Geld hätte auf die Seite legen können, wäre es heute vorhanden. Es ist also ein Systemproblem bei allen Infrastrukturbauten der Stadt.

Das Parlament hat sich heute Abend genügend selber zerfleischt. Erlauben Sie mir bitte deshalb auch ein paar kritische Bemerkungen gegenüber dem Stadtrat. Dr.

Kathrin Bernath sticht in eine alte, krustige Wunde, deren Heilung vom Stadtrat seit langem vor sich hergeschoben wird. So weit wäre die Interpellation eigentlich auch gerechtfertigt, wüsste nicht auch die Interpellantin, dass weder der Stadtrat noch die Verwaltungskommission der KSS die angesprochenen Punkte bereits gelöst haben. Unserer Fraktion ist es auch wichtig, dass das Gesamtkonzept endlich weiterverfolgt wird. Leider haben wir den Eindruck, dass Stadtrat Urs Hunziker dieses Thema über seine Pensionierungsgrenze unbearbeitet hinauszögern will. Sollen die anderen sich damit herumschlagen. Der Weggang von Simone Fedrizzi hat den Ablauf offensichtlich blockiert. Dies kann man hier auch einmal sagen. Alles auf den Stabswechsel im Bauamt abzuschieben, ist aber sicher nicht richtig und wäre auch zu einfach. Wir bitten den Stadtrat, sich nicht von ökologischen Beweggründen einwickeln zu lassen. Ein Ersatz des Winterdachs kann nicht unabhängig von einer Gesamtansicht beurteilt werden und ist auch nicht vordringlich. Die Wasseraufbereitung hat erste Priorität, aber auch da kann es nicht sein, dass weitere CHF 5 Mio. investiert werden, ohne ein Gesamtkonzept auf dem Tisch zu haben. Alle Diskussionen und Antworten zum Thema KSS sind reine Schaumschlägerei und von mir aus sogar unseriöse Kaffeesatzleserei.

Auch die Finanzierungsfrage ist zurzeit obsolet, bereits seit über 10 Jahren kämpfen wir von der SVP für die finanzielle Beteiligung der umliegenden Gemeinden im Zusammenhang mit einer City Card - auch da geht ja nichts. Ich werde schon seit Jahren immer wieder massiv überstimmt, wenn ich dieses Thema anspreche.

Abschliessend kann gesagt werden: Alle Fragen und Antworten sind noch lange nicht spruchreif. Der Stadtrat muss den vor drei Jahren begonnenen Prozess wieder aufnehmen und endlich abschliessen. Eine Interpellation bräuchte es dazu aber eigentlich nicht. Ich frage mich, wie der Stadtrat das Gesamtkonzept bis Sommer 2016 abzuschliessen gedenkt. Ich bin auch in dieser von Stadtrat Urs Hunziker erwähnten Projektgruppe tätig gewesen, habe aber weder einen Termin für eine nächste Sitzung bekommen und auch sonst nichts gehört. Mehr liefern statt lafern wäre angebrachter."

Diego Faccani (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Die FDP/JFSH-Fraktion möchte sich gerne auf folgende Weise in die Diskussion einbringen. Vieles wurde zwar schon gesagt. Ob es richtig ist, weiss ich nicht, und kann es auch nicht beurteilen. Die Problematik liegt eigentlich immer in den ausserordentlichen Finanzierungen, die getätigt werden müssen und jedes Mal mit einer Vorlage vom Parlament und Volk legitimiert werden müssen. So können keine zeitnahen Entscheide zum Betrieb des Bades in ökologischer und ökonomischer Weise gefällt werden. Im Mai 2013 haben Till Hardmeier und ich in einer Kleinen Anfrage Fragen zur Betriebsform und Organisation gestellt. Und da muss der Hebel zuerst angesetzt werden, bei Betriebsform und Eigentumsverhältnis, bevor wir über die Gesamtsanierung von CHF 20 - 30 Mio. diskutieren.

Zu den Aussagen von Walter Hotz: Wir dürfen aber auch die privaten Sponsoren nicht verlieren. Eine Eishalle für den Hockey Club ohne Beteiligung der IWC wäre nie gebaut worden, und der realisierte Wellnessbereich "Aisuma" wurde durch den Pool "Schaffhauser Lebensqualität" finanziert und nicht durch den Betrieb der KSS. Erwähnen möchte ich aber auch noch, dass auf die Werbeeinnahmen von rund CHF 200'000.-- bis CHF 300'000.--, welche die Gesamtrechnung der KSS deutlich verbessern, nicht verzichtet werden darf. Ansonsten stehen wir vor einem grösseren Scherbenhaufen als jetzt.

Dass das Bad weiterentwickelt werden muss, ist klar. Ansonsten wird es unattraktiv, die Besucherzahlen werden zurückgehen und das Betriebsdefizit wird noch weiter ansteigen. Wohin aber soll die Reise nach einer Gesamtsanierung von gegen CHF 30 Mio. gehen? Brauchen wir ein zweites Alpamare oder gar ein Erlebnisbad à la Disney World? Wir wissen es nicht. Aber was ich weiss, ist, dass wir ein Bad brauchen, das den Ansprüchen der Besucher unserer Region genügt und sicher ist. Es soll ein Bad sein, welches den benutzenden Vereinen und den Schaffhauser Schulen dient.

Wir müssen aber, und dies beurteile ich als das Dringlichste, den umliegenden Gemeinden wieder einmal vor Augen führen, welche Bedeutung die KSS für die Region hat. Diese halten sich nämlich vornehm zurück, vor allem dann, wenn Gelder für den Unterhalt und den Ausbau gesprochen werden sollen. Ansonsten sind sie in der Gratisdiskussion immer ganz vorne mit dabei. Hier ist der Stadtrat gefordert, den Kanton und die Gemeinden mit an Bord zu holen, denn ohne deren Beteiligung wird es schwierig, die Finanzierung zu stemmen. Sollte es nicht gelingen, wären andere Massnahmen angezeigt.

Edgar Zehnder hat die City Card erwähnt. Ich hätte einen anderen Vorschlag, wie es in den Skigebieten üblich ist: Der Einheimische, der mit Steuern und Eintritt die Anlage zweimal zahlt, soll entlastet werden, und der Auswärtige wird mit einem anderen Tarif beglückt."

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

"Auf die Sanierung mit Weitblick, Walter Hotz, komme ich noch zu sprechen. Sie werden es dann sehen, wenn wir Ihnen die Sanierungsvarianten und -etappen vorstellen.

Sie haben bemängelt, die Organisationsform sei seit Jahren versprochen. Ich kann Ihnen sagen, dass es auch für mich äusserst ärgerlich ist, dass wir noch nicht weiter sind. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass ich dieses Projekt vom Vorgänger von Stadtrat Dr. Raphaël Rohner übernommen habe. Noch entscheidender an der ganzen Problematik der Organisationsform ist, dass immer wieder etwas Unerwartetes auftaucht und immer wieder noch einmal etwas geklärt werden muss.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir haben bis heute von der eidgenössischen Steuerverwaltung noch keine schlüssige Auskunft, welchen Einfluss eine Übernahme der Gebäulichkeiten durch die Stadt auf die Mehrwertsteuer-Frage hat. Auf diese Auskunft warten wir noch. Sie alle gehen hoffentlich mit mir einig, wenn ich Ihnen sage, dass ich bevor diese Auskunft vorliegt, keine Vorlage bringen werde. Es handelt sich um einige hunderttausend Franken im Jahr. Wir müssen eine schlüssige Auskunft haben. Und dies ist eben jetzt nur eines dieser Beispiele beziehungsweise Fragen, die aufgetaucht sind.

Walter Hotz hat erwähnt, ich hätte den Betrag von CHF 1.5 Mio. genannt. Dies ist der Betrag, der in der Leistungsvereinbarung steht. Es ist der jährliche Betriebsbeitrag. Ich habe aber darüber hinaus darauf hingewiesen, dass wir Investitionsbeiträge über unsere Investitionsrechnung an die KSS leisten. Diese sind jährlich in der Investitionsrechnung ausgewiesen und variieren von Jahr zu Jahr.

Diego Faccani hat Wellness und Sauna erwähnt: Da ist einfach darauf hinzuweisen, dass insbesondere der Saunabetrieb "Aisuma" uns jährlich hilft, die Rechnung zu verbessern. Es sind dies rund CHF 180'000.-- im Jahr, welche dieser Betrieb an die

Rechnung beisteuert respektive die Rechnung verbessert.

Den Vorwurf, man hätte nichts gemacht, muss ich ebenfalls zurückweisen. Wir haben schliesslich die Eishalle saniert, und dies war auch ein "Hosenlupf" für die Stadt.

Edgar Zehnder hat auf die City Card hingewiesen: Ich wäre der Letzte, der sich dagegen verwehren würde oder gegen eine Lösung, wie sie Diego Faccani geschildert hat. Dies sind Möglichkeiten, die aber bis anhin im Grossen Stadtrat noch nie grosse Zustimmung gefunden haben. Wir müssen erneut das Gespräch mit dem Kanton suchen und hoffen, die Gemeinden einbinden zu können. Aber auch dazu muss ich Ihnen Folgendes sagen: Ich erinnere mich an die Diskussionen im Kantonsrat, als es darum ging, einen Kantonsbeitrag an die neue Eishalle zu sprechen. Gewisse Gemeindevertreter haben ganz böse gegen diese Eishalle argumentiert und sind dann auch nicht für diesen Beitrag von CHF 3 Mio. eingestanden.

Nun zum Sanierungskonzept und zum Thema "Sanierung mit Weitblick": Wir haben, so hoffe ich zumindest, den nötigen Weitblick für die Sanierungsmassnahmen. Wenn wir auch noch das nötige Geld hätten, dann wäre das Problem bedeutend kleiner. Ich versuche Ihnen kurz zu schildern, wie die Sanierungsmassnahmen vorgesehen sind. In einem ersten Schritt wird diese allernotwendigste Sanierung der Badewassertechnik gemacht, mit einigen energetischen Massnahmen und allenfalls mit dem Winterdach. Dies ist noch nicht sicher, da sind wir in Verhandlung mit einem Contractor, den Sie alle kennen. Es stellt sich noch die Frage, ob dem zugestimmt wird, dass wir den ganzen Technikbetrieb einem Contractor übergeben. Diese Frage ist noch offen. Alles, was wir in diesem ersten Schritt planen, ist technisch so ausgelegt, dass nachher die Gesamtanierung in weiteren Schritten erfolgen kann. Im Moment stehen dort drei Varianten zur Debatte. Eine Variante "Mini", eine Variante "Midi" und eine Variante "Maxi". Die Variante "Maxi" ist eine Variante, die ein weiteres Hallenbadbecken mit Hubboden beinhaltet. Welche dieser Varianten wir uns leisten können, ist abhängig davon, welche und ob wir zusätzliche Geldgeber finden."

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Schlusswort

"Besten Dank für die ausführlichen Informationen und die angeregte Diskussion.

Bezüglich Eispiste, und obwohl diese nicht das Hauptthema ist, bin ich einig mit Walter Hotz. Sie ist aus energetischer Sicht fragwürdig beziehungsweise aus meiner Sicht völlig daneben. Wir können nur hoffen, dass der nächste November nicht so warm wird wie der letzte.

Das Argument, dass das Geld besser für die Sanierung eingesetzt worden wäre, habe ich bei Ueli Jäger auch direkt eingebracht. Seine Antwort war, dies seien Sponsoring-Gelder und Zusatzeintritte, die sonst nicht generiert worden wären. In dem Sinne wäre das Geld sonst gar nicht zur Verfügung gestanden. Ich habe auch gehört, dass das Jubiläumsangebot mit Eispiste und Fondue-Hütte von Schaffhauser Firmen sehr gefragt sei. In dem Sinne könnte man auch argumentieren, es sei ein Angebot in der Region. Die Leute bleiben hier und geben ihr Geld hier aus. An dieser Stelle müssen wir auch das Engagement der Mitarbeitenden anerkennen, und ich hoffe, dass sie nächstes Mal eine auch ökologisch überzeugendere Idee haben.

Zu den Ausführungen von SR Urs Hunziker: Ich bin natürlich erfreut, dass das Anliegen und der Bedarf bezüglich Sanierung ebenso erkannt sind, wie auch das Potenzial, das die CO²-Emissionen und der Energieverbrauch reduziert werden können. Natürlich

bin ich immer noch enttäuscht, dass man es offensichtlich bereits 2011 oder schon vorher erkannt hat und, auch wenn die Fragen komplex sind, hätte ich erwartet, dass man schon etwas weiter wäre. Man ist es aber nicht. Man hat das Thema lange hinausgeschoben. Ich bin etwas unsicher, ob jetzt meine Hoffnung berechtigt ist, dass die Vorlage bald fertig ist. Aber ich bin optimistisch und hoffe, dass wir diese bald im GrSR diskutieren und auch auf die einzelnen Fragen bezüglich weiteres Vorgehen, Organisationsform und Investitionen eingehen können.

Das Thema, dass eben die Verflechtungen so vielfältig sind und zum Teil auch betriebliche Leistungen von der Stadt eigentlich für die KSS geleistet werden, erfordert aus meiner Sicht, dass man eine Vollkostenrechnung als Grundlage für die Aushandlung von Beteiligungen Dritter an den Kosten erstellt; auch um die nötige Transparenz vollständig herzustellen. Wobei man aufpassen muss, dass nicht verschiedene Kosten miteinander vermischt werden.

Von der Aussage, dass es ein etappiertes Vorgehen braucht, welches auch der finanziellen Situation der Stadt angepasst ist, kommt mein Optimismus. Falls Schaffhausen wie andere Städte und Kantone bald ein positives Ergebnis präsentieren kann, können wir ja das Geld dafür nutzen, die lange aufgeschobenen Sanierungen vorzunehmen und in die Attraktivität unserer Stadt zu investieren.”

SCHLUSSMITTEILUNGEN

Die nächste Ratssitzung vom 5. April 2016 fällt mangels verhandlungsbereiter Geschäfte aus.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 10. Mai 2016, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:09 Uhr.

Ratssekretärin:

Protokollführerin:

Gabriele Behring

Veronika Michel

Schaffhausen, 5. April 2016 gbehr